

8 Thesen des DPhV zur Struktur und Qualität von Schulen und Abschlüssen

Beste Bildungschancen durch ein differenziertes, leistungsorientiertes und durchlässiges Schulsystem

Qualität statt Quantität

Leistungsorientierung statt Nivellierung

Schulpluralität statt Einheitsschule

Differenzierung statt Vereinheitlichung

Der Deutsche Philologenverband plädiert für ein an den Bedürfnissen des einzelnen Schülers orientiertes, begabungs- und leistungsgerechtes, plurales Schulsystem, das Eltern und Schülern die Wahl zwischen unterschiedlichen, passgenauen und abschlussorientierten Schularten und Bildungsgängen offenhält. Wir treten für ein gerechtes Bildungswesen ein, das durch eine hohe Anschlussfähigkeit und Durchlässigkeit, insbesondere an den Schnittstellen und Übergängen, gekennzeichnet ist. Kein Abschluss ohne Anschlussmöglichkeit!

Für den DPhV müssen notwendigerweise hinter den schulischen Abschlüssen auch entsprechende Befähigungen stehen. Eine bloße Orientierung an Quantitäten statt an Qualität lehnen wir ab.

Aufstieg durch Leistung, dies ist der Kern des deutschen Bildungsversprechens. Er muss für alle Schulen gelten und hat insbesondere das Gymnasium in der Vergangenheit zu der Schule gemacht, die es heute ist: eine Schule des sozialen Aufstiegs, in der Bildungserfolg unabhängig von der sozialen Herkunft gemessen und bewertet wird.

Der DPhV tritt zudem dafür ein, dass die Chancengerechtigkeit im deutschen Bildungswesen verbessert wird, aber nicht durch eine Nivellierung der Leistungsanforderungen, die Schleifung von Standards oder z. B. die Verpflichtung von Schulen, Schüler unabhängig von ihren Leistungen vorrücken zu lassen, sondern indem Schule, Staat und Gesellschaft alles unternehmen, um Startnachteile auszugleichen durch sprachliche Frühförderung und schulische Zusatzkurse sowie ein flächendeckendes Ganztagsangebot.

Der DPhV wendet sich vehement gegen alle Versuche, erfolgreiche Schularten zugunsten von Gesamt-, Gemeinschafts- und Einheitsschulen zu schließen und die Wahlmöglichkeiten in unserem Schulsystem einzuschränken. Dabei erscheint das

Argument der Demographie oft nur vorgeschoben, um eigene bildungsideologische Ziele durchzusetzen. Bei der Zusammenlegung von Schularten ist entscheidend, dass die differenzierte Vorbereitung auf Abschlüsse in unterschiedlichen Bildungsgängen sichergestellt wird.

Die signifikanten Fortschritte Deutschlands bei den PISA-Tests, als eines von ganz wenigen Ländern im mittleren und oberen Leistungsspektrum, zeigen, dass unser Schulsystem reform- und leistungsfähig ist, ohne dass unsere Schulen mit immer neuen Strukturdiskussionen belastet werden müssen. Allerdings ist es weiterhin notwendig, sich gegen alle Versuche zu wehren, quantitativen Aspekten gegenüber qualitativen den Vorzug zu geben und etwa den Anspruch der Fachlichkeit am Gymnasium durch unausgeglichene Kompetenzmodelle und schleichende Niveauabsenkungen auszuhöhlen.

Folgende Punkte sind in der gegenwärtigen Debatte über strukturelle Schulreformen für den DPhV essenziell:

1. Innerhalb des grundlegenden schulischen Bildungsauftrags, junge Menschen zu selbstständigen, gebildeten und mündigen Bürgern zu erziehen, ist es ein ganz wichtiges **Ziel von Schule, durch die Vermittlung von Kenntnissen und die Vergabe von Abschlüssen jungen Menschen die Chance zu geben, die von ihnen angestrebten Berufs- und Lebensziele zu erreichen**. Nur wenn hinter einem Abschluss auch die entsprechende Leistung steht, wird er einen gesellschaftlichen und persönlichen Wert besitzen.

2. Der DPhV geht von einem Menschenbild aus, das jeden Menschen in seiner Verschiedenartigkeit, seiner Individualität, seinem weitgefächerten Begabungs- und Interessenprofil, also seiner Einzigartigkeit ernst nimmt. Daraus folgt, dass unsere Gesellschaft **verschiedene Schularten, schulische Bildungsgänge und schulische Abschlüsse anbieten** muss, um auf das weite Spektrum der individuellen Begabungen und der unterschiedlichen gesellschaftlichen Anforderungen differenziert zu reagieren und Schule und Arbeitsmarkt nicht zu entkoppeln.

3. Der DPhV ist der Überzeugung, dass es auch in Zukunft **verschiedene schulische Abschlüsse im allgemeinbildenden Bereich** geben muss:
 - mindestens einen Abschluss, der ohne Verzicht auf eine grundlegende Allgemeinbildung auf einen schnellen beruflichen Einstieg abzielt und früh die Verbindung zum späteren Berufsfeld sucht. Dieser **berufsorientierte Abschluss** hat nach wie vor seinen hohen Wert, weil er Fähigkeiten vermittelt, die auf dem Arbeitsmarkt unabdingbar sind, und damit auch Chancen bietet, die sonst vielen Jugendlichen verwehrt bleiben. Die große aktuelle Nachfrage nach Lehrstellenbewerbern mit Hauptschulabschluss zeigt dies.

- mindestens einen **mittleren allgemeinbildenden Abschluss**, der sowohl für Ausbildungsberufe als auch für den späteren Erwerb der Hochschulreife gute Voraussetzungen bietet.
 - das Abitur als allgemeine Hochschulzugangsberechtigung und fundierter Ausweis einer umfassenden Studienbefähigung, welches die beste wissenschaftspropädeutische Vorbereitung auf die Anforderungen eines Hochschulstudiums und den erfolgreichen Erwerb eines akademischen Abschlusses bietet. Nach allen bekannten Erhebungen hat die Abiturdurchschnittsnote einen sehr hohen Prognosewert für den späteren Studienerfolg.
4. Der DPhV tritt mit Überzeugung für eine umfassende Anschlussfähigkeit aller schulischen Abschlüsse ein. Kein Abschluss, keine Schulart darf in einer Sackgasse enden. Nicht die horizontale, die **vertikale Durchlässigkeit** ist entscheidend! Ein jederzeitig möglicher horizontaler Wechsel in jeder Jahrgangsstufe zwischen den verschiedenen Schularten würde letztendlich zu einer kompletten Angleichung der Lehrpläne und Leistungsanforderungen und damit zu einer Einheitsschule führen. Wir setzen auf eine erhöhte vertikale Durchlässigkeit, jeder Abschluss muss nicht nur die Berechtigung, sondern auch die Befähigung bieten, weiterführende schulische Angebote wahrzunehmen. Dass dies bereits jetzt keine Fiktion ist, zeigt das Drittel der Hauptschul- und Realschulabsolventen, das im Anschluss an den bereits erreichten Abschluss den nächsthöheren ansteuert und erreicht.
 5. Die beste Vorbereitung auf den berufsorientierten und den mittleren Abschluss erfolgt, wenn dafür **eigene abschlussbezogene Bildungsgänge** zur Verfügung stehen. Diese Differenzierung sollte früh beginnen. Der DPhV hält es für falsch, diese beiden Abschlüsse zu vermischen bzw. den bisherigen Hauptschulabschluss abzuschaffen, weil dies bei Beibehaltung des Niveaus des Realschulabschlusses zu einer enormen Ausweitung der Quote derer führen würde, die dann ohne Abschluss von der Schule abgehen. Eine Absenkung des Niveaus des Realschulabschlusses dagegen würde zu dessen massiver Entwertung und zu einem Run auf das Gymnasium führen.
 6. **Das Gymnasium** als studienvorbereitende Schule, die sich von Beginn an der Studienvorbereitung und Wissenschaftspropädeutik widmen kann, **ist ein gesellschaftlich hoch akzeptiertes Erfolgsmodell**, das es im Hinblick auf die Herausforderungen der Zukunft weiterzuentwickeln gilt, das sich aber in seiner Grundkonzeption, der Verbindung von vertiefter Allgemeinbildung, Hinführung zu Reflexivität und Selbstständigkeit sowie umfassende Studierfähigkeit, hervorragend bewährt hat. In seinem gymnasialen Anforderungsprofil richtet sich das Gymnasium an besonders einsatzfreudige, vielseitig interessierte und leistungsfähige Schülerinnen und Schüler und bereitet diese wissenschaftspropädeutisch optimal auf ein Studium vor. Zur Schärfung des gymnasialen Profils und zur Förderung besonders begabter Schülerinnen und Schüler fordert der DPhV eine Exzellenzinitiative für die Gymnasien.

7. Aus Überzeugung ist der DPhV ein Befürworter der Forderung, dass es **neben dem Gymnasium auch andere Wege zum Erwerb der Hochschulreife** geben muss und diese weiter ausgebaut werden müssen. Das Gymnasium ist nicht der eine Weg für alle zur Hochschulreife. Das Modell einer auf den mittleren Bildungsabschluss aufsetzenden dreijährigen beruflichen Oberschule bzw. eines beruflichen Gymnasiums hat sich dabei besonders bewährt, aber auch der Zugang zur gymnasialen Oberstufe muss möglich sein. Das Gymnasium ist und bleibt aber die Schulart, die allein auf direktem Wege, von Anfang an wissenschaftspropädeutisch und fachdisziplinär ausgerichtet, in einem Jahr weniger zur Hochschulreife führt.
8. **Zu der hohen Durchlässigkeit des deutschen Schulwesens tragen maßgeblich die beruflichen Schulen bei**, über die inzwischen je nach Bundesland zwischen 30 und 40 Prozent der Jugendlichen einen Hochschulabschluss erwerben. Die berufliche Bildung ist so zu einem weltweit einzigartigen Aufstiegs- und Qualifikationsmodell geworden, das es zu bewahren, auszubauen und zu stärken, aber auch besser ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken gilt.

In einem Schulsystem, das dergestalt die Wege nach oben auch neben dem Gymnasium offenhält, **kann nicht behauptet werden, dass die frühe Differenzierung zur Beschneidung von Bildungs- und Lebenschancen führt**. Wenn 43 Prozent aller Hochschulzugangsberechtigten heute nicht mehr über das Gymnasium an die Hochschulen gelangen, ist das ein schlagender Beweis für die vertikale Durchlässigkeit unseres Schulsystems und dafür, dass der Übertrittszeitpunkt auf das Gymnasium Schüler nicht in Schubladen einteilt, keine Lebens- und Bildungschancen mindert und auch nicht sozial selektiv wirkt. Die Bildungskonzeption, in einer **Gemeinschaftsschule** unabhängig von den Schülerzahlen auch in kleinsten Einheiten den Erwerb aller möglichen Schulabschlüsse ohne Niveauverlust zu versprechen, halten wir für realitätsfremd und letztendlich irreführend. Die Erfahrungen mit Gesamtschulen haben gezeigt: Die bloße Hoffnung, das geforderte Leistungsniveau könne erreicht werden, indem die schwächeren Schüler von den Stärkeren lernten und diese dadurch schon die "gymnasialen Standards" erreichten, ist eine Fiktion ohne jeglichen Realitätsbezug.

Wenn man wie der DPhV an der Forderung festhält, dass hinter den Abschlüssen nicht nur Berechtigungen, sondern auch Befähigungen stehen müssen, kann **die generelle Öffnung der Hochschulen für alle Bewerber mit abgeschlossener Berufsausbildung nicht befürwortet** werden, weil eine solche Öffnung einerseits schulische Abschlüsse abwertet und andererseits eine umfassende Studierfähigkeit nach einer Berufsausbildung vorgaukelt, die in den meisten Fällen nicht vorhanden ist. Eine Hochschule aber, die Studienanfängern erst Vorkurse zur Sicherstellung der Studierfähigkeit anbieten muss, ist überfordert.

Der DPhV stellt aktuell fest, dass im deutschen Bildungswesen Tendenzen beobachtbar sind, Qualitätsdebatten jeweils in die nächsthöhere Ebene zu verlagern. Die Abschaffung verbindlicher Grundschulempfehlungen, die Aufweichung der Qualitätskriterien bei Abschlüssen, die Inflation guter und sehr guter Noten bei Schul- und Hochschulprüfungen, das alles ist nicht immer Ausdruck gestiegener Leistungen, sondern eher des Willens mancher bildungspolitischer Akteure, Schule von ihrer

gesellschaftlichen Allokationsfunktion abzukoppeln. Der Preis, der dafür zu zahlen wäre, ist hoch: eine steigende Anzahl von Studienabbrechern, die Entkoppelung von Schule und Arbeitsmarkt, eine Angleichung der Jugendarbeitslosigkeit an die hohen Quoten vieler europäischer Länder, insbesondere skandinavischer Länder. **Es ist ein grundlegender Irrtum, zu meinen, eine Erhöhung von Abiturientenquoten sei alleine schon ein Beitrag zu mehr sozialer Chancengerechtigkeit.**

Fulda, 19.11.2011